

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.07.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Dokumente über ein Arbeitsleben im Kernkraftwerk Rheinsberg</b> <i>Ruppiner Anzeiger, 07.07.2021</i> .....	3
2   <b>Erkundung für Atom-Endlager</b> <i>Thüringer Allgemeine Erfurt, 07.07.2021</i> .....	4
3   <b>Auf der Suche nach dem „Atom-Klo“</b> <i>Thüringer Allgemeine Erfurt, 07.07.2021</i> .....	5
4   <b>BUND kritisiert Intransparenz der Endlager-Gesellschaft</b> <i>RUNDBLICK - Politikjournal für Niedersachsen, 06.07.2021</i> .....	6

📰 Ruppiner Anzeiger | 07.07.2021 | S. 4

📄 Auflage: 4.291 | Reichweite: 17.735

👤 jr

## Dokumente über ein Arbeitsleben im Kernkraftwerk Rheinsberg

**Historie: Der Verein Stadtgeschichte Rheinsberg hat ein Konvolut an Unterlagen von einem ehemaligen KKW-Ingenieur erhalten.**

**Rheinsberg.** „Jetzt fühle ich mich froh und erleichtert“, erklärt Astrid Rux, die soeben mit ihrem Mann Rainer ein Vermächtnis ihres Vaters erfüllt hat. Damit meint sie nicht das Gewicht der Fotos, Akten und Ordner, die sie soeben an Jörg Möller, den Vorsitzenden des **Rheinsberger** Geschichtsvereins, übergeben hat. Es sind Erinnerungsstücke ihres Vaters, die den Besitzer gewechselt haben.

Rolf Voigt, der Vater von Astrid Rux, war mit Leib und Seele Kernkraftwerker. Der Ingenieur hatte als Mitarbeiter eines Berliner Betriebes sowohl beim Bau des **Rheinsberger** Kernkraftwerkes, als auch beim Kernkraftwerk **Greifswald** in leitender Position mitgewirkt. Die Erinnerungen an diese Zeit in Form von zahlreichen Fotos und Dokumenten hat er bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr aufbewahrt und behütet.

„Es war ein Teil seines Lebenswerkes“, berichtet die Tochter bei der Übergabe. Doch wohin mit dem vielen Dingen, die oftmals für die Hinterbliebenen keinen Wert haben. Astrid und Rainer Rux recherchierten daraufhin im Internet und fanden so den Kontakt zum Verein Stadtgeschichte **Rheinsberg**, der sich vornehmlich auch der Geschichte des Kernkraftwerkes widmet.

### Nachlass erweitert Sammlung

„Für uns war es ein Glücksumstand“, freut sich Jörg Möller, der selbst 42 Jahre im inzwischen stillgeleg-

ten Kernkraftwerk **Rheinsberg** gearbeitet hat. Als er von dem Nachlass hörte, stand für ihn fest, dass diese Dinge gut nach **Rheinsberg** und zu der Sammlung des Vereins passen. Der Zufall wollte es, dass das Ehepaar aus Schöneiche im Landkreis Oder Spree sowie ein Quartier für ein Urlaubswochenende in der Nähe gebucht hatte – eine willkommene Gelegenheit, um die Fotos und weiteren Unterlagen zu übergeben. Eine erste Sichtung ergab, dass neben den das Kernkraftwerk **Rheinsberg** betreffenden Dokumenten auch zahlreiches Material zum Bau des Kernkraftwerkes in Lubmin zum übergebenen Konvolut gehört. Doch das ist aus Sicht von Möller kein Problem. „Ich habe schon Kontakt zu dortigen Kollegen aufgenommen, die ebenso Interesse an den das **Greifswalder KKW** betreffenden Unterlagen haben“, berichtet Möller.

Für den **Rheinsberger** Vereinsvorsitzenden und seinen Verein ist die Übergabe ein Beweis dafür, dass immer wieder, wenn Haushalte und Nachlässe aufgelöst werden, historische Dokumente, Fotos und andere Gegenstände gefunden werden, die für die Nachwelt und Geschichte von Bedeutung sind. So auch diesmal, indem Fotos und Unterlagen dabei sind, die vom Aufbau des Werkes in **Rheinsberg** zeugen. „Wer so etwas oder anderes beim Stöbern auf dem Dachboden oder wo auch immer findet, kann sich gern bei uns melden“, so Möller.

Thüringer Allgemeine Erfurt | 07.07.2021 | S. 1

Auflage: 11.380 | Reichweite: 37.436

Martin Debes

## Erkundung für Atom-Endlager

### Bundesgesellschaft untersucht große Teile Thüringens. Ramelow zeigt sich irritiert

**Erfurt.** Auf der Suche nach einem Endlager für *Atom-müll* rückt Thüringen stärker in den Fokus. Große Teile des Landes wurden als sogenannte „Gebiete zur Methodenentwicklung“ eingestuft. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*) will hier Daten sammeln. Der Ergebnisse sollen die Basis für die Standortsuche bilden, die noch bis zum Jahr 2031 läuft.

Untersucht werden vor allem Salzlagerstätten im Thüringer Becken und kristallines Gestein im Thüringer Wald und Ostthüringen. Neben dem Freistaat ist vor allem Sachsen betroffen. Modellregionen liegen zudem in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Die *BGE* betonte, dass es sich damit keineswegs um eine Vorentscheidung handele. Es gehe nur darum, Methoden zu entwickeln, mit denen dann die Flächen aller 90 Teilgebiete in Deutschland eingegrenzt werden könnten.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nährte aber Zweifel an dieser Darstellung. Es sei problematisch,

dass Thüringen sogar in zwei der ausgewiesenen Regionen liege. „So geht das nicht“, sagte er der Deutschen Presseagentur.

Das Thüringer Umweltministerium übte Kritik am Verfahren. Es sei „nicht in Ordnung“, dass die *BGE* vor ihrer Entscheidung weder das Land noch die betroffenen Regional- und Fachbehörden eingebunden habe, sagte Staatssekretär Olaf Möller (Grüne) dieser Zeitung. „Da muss mehr Transparenz her.“ Allerdings sieht Möller in der Datensammlung keinerlei Vorfestlegung auf das Endlager.

Die CDU-Landtagsfraktion kritisierte Ramelow. „Hier wird in unverantwortlicher Weise mit den Ängsten der Thüringer gespielt“, sagte der Abgeordnete Thomas Gottweiss. Bei der weiteren Untersuchung würden sich die Thüringer Salzlager und die kristallinen Schichten als ungeeignet erweisen, prognostizierte er. Es gebe zu viele „tiefreichende Störungszonen“, um ein Endlager für *radioaktiven* Müll zu errichten.

Thüringer Allgemeine Erfurt | 07.07.2021 | S. 2

Auflage: 11.380 | Reichweite: 37.436

Martin Debes

## Auf der Suche nach dem „Atom-Klo“

### Große Teile Thüringens werden für Endlager erkundet. Ministerpräsident hält Vorbereitungen für unfair

**Erfurt.** „Nein“, sagt Olaf Möller, der Umweltstaatssekretär von den Grünen. „Das ist in keiner Weise eine Vorfestlegung auf das Lager.“ Thüringen sei nur eine „Modellregion“.

Das Lager, von dem Olaf Möller spricht, ist das Endlager für den gesamten deutschen **Atom**müll. Die verbrauchten Brennstäbe, die bisher an 15 Orten in rund 1900 Castorbehältern lagern, sollen in mindestens 1000 Metern Tiefe für eine Million Jahre untergebracht werden.

Nachdem 2016 die jahrzehntelange Erkundung des Salzstocks im niedersächsischen Gorleben nach Bürgerprotesten abgebrochen wurde, wird neu nach einem Standort gesucht, und zwar bundesweit. Diesmal, so versprach die Politik, soll die Öffentlichkeit frühzeitig eingebunden werden.

Und so wurde eine eigene Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) gegründet, die im vergangenen September ein umfangreiches Gutachten vorlegte. Das Zwischenergebnis: Ein beträchtlicher Teil der Fläche von Deutschland käme, theoretisch, für das Lager infrage – und 60 Prozent von Thüringen.

#### Behörden haben von Modellregionen aus der Zeitung erfahren

So besäße das gesamte Thüringer Becken eine „günstige geologische Gesamtsituation“. Das Gebiet mit seinen bis zu 1200 Meter dicken Steinsalzschieben erscheine groß genug. Aber auch der „kristalline Wirtstein“ des „Grundgebirges der saxothüringischen Zone“ – also zum Beispiel im Thüringer Wald und Teilen Ostthüringens – sei für das Endlager denkbar.

Genau diese Regionen hat die **BGE** nun auch als „Gebiete zur Methodenentwicklung“ ausgewiesen, um sie oberirdisch zu erkunden, also vor allem Daten zu sammeln. Dabei, teile die Gesellschaft mit, gehe es um praktische Fragen wie: „Wie viele Bohrungen gibt es in

diesem Teilgebiet? Und was lässt sich aus den ermittelten Daten für die umfassende geologische Beschreibung des Gebiets mit Blick auf den sicheren Einschluss des **Atom**mülls ableiten?“

Wie Staatssekretär Möller bekräftigt auch **BGE**-Geschäftsführer Steffen Kanitz, dass mit den Modellregionen die Suche ausdrücklich nicht eingegrenzt werde. Sie seien „nicht besser oder schlechter geeignet als andere Gebiete“, sagte er. Es gehe ausdrücklich nur darum, Kriterien zu entwickeln, mit denen dann ab 2022 alle 90 Teilgebiete bewertet würden.

Allerdings fällt auf, dass diesmal nur fünf Bundesländer betroffen sind – und Thüringen ganz besonders. Dass hier gleich zwei der vier Testgebiete lägen, sei problematisch und erklärungsbedürftig, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) der Nachrichtenagentur dpa. „So kann man mit Thüringen nicht umgehen. Der Prozess muss fair sein.“

Damit wiederholt Ramelow eine Kritik, die voriges Jahr von der damaligen Linke-Landeschefin Susanne Hennig-Wellsow, die inzwischen die Bundespartei führt, geäußert wurde. Fast der gesamte **radio**aktive Müll sei in Westdeutschland entstanden, die **Atom**industrie habe dort Milliarden verdient. Es könne nicht angehen, dass Thüringen zum „**Atom**-Klo“ werde. Man unterstütze das Verfahren, sagt hingegen Umweltstaatssekretär Möller, weil es dezidiert keine Vorauswahl bedeute. Die Entscheidung werde erst in zehn Jahren fallen. Allerdings, und da klingt auch der Grüne ziemlich sauer, könne dieses Verfahren eben nur funktionieren, wenn alle Ebenen und die Bürger rechtzeitig eingebunden würden.

„Dass Landkreisämter, Behörden und wir als Ministerium jetzt von den Modellregionen erst aus den Medien erfahren haben, hat zu Verunsicherung geführt“, sagt er. „Und dieses Vorgehen ist auch wirklich nicht in Ordnung.“

## BUND kritisiert Intransparenz der Endlager-Gesellschaft

*Susanne Gerstner, BUND-Landesgeschäftsführerin, wirft der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) intransparentes Agieren vor.*

Die **BGE** hatte vorgestern in einer Pressemitteilung darüber informiert, dass der niedersächsische Salzstock Bahlung im Landkreis Harburg als Modellregion ausgewählt wurde. Insgesamt hat die **BGE** vier solcher Modellregionen gekürt, eine für jedes Wirtsgestein, das für ein **Atommüll**-Endlager geeignet wäre. In den kommenden Monaten soll an diesen Standorten (die anderen drei liegen in Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen) ein Verfahren entwickelt werden, mithilfe dessen weitere der bislang 90 Teilgebiete untersucht und letztlich ausgeschlossen werden können. „Die nun im Landkreis Harburg herrschende Verunsicherung

wäre nicht nötig gewesen, wenn man in jedem Teilgebiet vor Ort transparent über die geplanten Schritte berichtet hätte“, erklärte Gerstner.

Dass ein Teilgebiet zur Modellregion ausgewählt wurde, habe keinerlei Einfluss auf den weiteren Auswahlprozess – die Orte dienen lediglich zur Entwicklung einer weiteren Methode. „Die Auswahl eines Gebietes zu einer Modellregion zur Methodenentwicklung bedeutet nicht, dass dieses Teilgebiet automatisch zur Standortregion für ein **atomares** Endlager wird“, ergänzte Bernd Redecker, Sprecher des BUND-Landesarbeitskreises **Atom**.